

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Kriegelstr. 20.
Garnstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22.
Riesa 1532.
Strolcher:
Riesa Nr. 22.

Nr. 91.

Mittwoch, 20. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 22 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demütigter Rabatt ertönt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Spiegel an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die nächsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Da nach dem letzten Entschuldigungsarbeiten im Osten Deutschlands in der nächsten Zeit zum Abschluß gebracht sein werden, wird die deutsche Außenpolitik sich wieder mehr mit der Frage der Räumung des Rheinlandes beschäftigen. Die Reichsregierung hatte von vornherein in Aussicht genommen, daß entscheidende Schritte in der Räumungsfrage erst nach der Erledigung der letzten Sprengungen der deutschen Ostfront unternommen werden sollen. Die jüngsten Ausführungen des Reichsaussenministers in einem Oberartikel über das Räumungsproblem können als Auftakt für die bevorstehende Aktion der Wilhelmstraße angesehen werden. In den Berliner politischen Kreisen glaubt man jedoch nicht, daß die Initiative in den Rheinlandfragen freiwillig von der französischen oder von der britischen Regierung ergriffen werden wird, wie es Dr. Stresemann wünscht.

Wie wir hören, werden im Auswärtigen Amt zur Zeit neue Instruktionen für die deutschen diplomatischen Vertretungen in London, Paris, Brüssel und Rom ausgearbeitet, die der bevorstehenden Demarche bei den dortigen Regierungen zugrunde liegen sollen. Bei diesem Schritt werden die deutschen Botschafter vor allem auf den Artikel 431 des Versailler Vertrages Bezug nehmen, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Zurückziehung der Besatzungstruppen zu einem früheren als dem vorgeschriebenen Termin erfolgen soll, wenn Deutschland seinen Reparations- und Entschuldigungsverpflichtungen in zufriedenstellender Weise nachgekommen ist. Nach den Äußerungen der maßgebenden politischen Persönlichkeiten im Auslande ist das bereits längst der Fall, womit einer Räumung des Rheinlandes nichts mehr im Wege stehen kann.

Als auffällig wird vermerkt, daß sich in Paris wieder Betrachtungen geltend machen, für die Räumung des Rheinlandes wirtschaftspolitische Konzessionen deutscherseits zu verlangen. Das Nächtliche wäre somit, die Handelsvertragsverhandlungen mit der Räumungsfrage zu verknüpfen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung ein derartiges Ansuchen entschieden zurückweisen wird. In der Wilhelmstraße steht man dem kommenden diplomatischen Besprechungen über das Räumungsproblem insofern mit einem gewissen Optimismus entgegen, als in Berlin Zusicherungen des britischen Außenministers und auch der italienischen Regierung vorzuliegen scheinen, nach denen diese gewillt sind, das berechnete Verlangen Deutschlands zu unterstützen. Man glaubt aber nicht, daß in der Räumungsfrage schon vor der Junitagung des Völkerbundes eine Entscheidung herbeigeführt werden wird. Nachdem die deutschen Botschafter in London, Paris, Brüssel und Rom die entsprechende Demarche unternommen haben werden, wird — das dürfte der voraussichtliche Gang der weiteren Entwicklung sein — die französische Regierung sich zunächst mit den übrigen an der Besetzung interessierten Kabinetten in Verbindung setzen. Man wird sich dann auf einen längeren Gedankenaustausch gefaßt machen müssen. Erst auf der kommenden Völkerbundstagung werden die Verhandlungen mit dem deutschen Reichsaussenminister — denn Verhandlungen über diese Angelegenheit wird es nicht geben — in das entscheidende Stadium treten. Danach wird man die Völkerbundstagung wieder zu Wort kommen lassen, die einen entsprechenden Beschluß fassen wird. Zu welchem Zeitpunkt die Besatzungstruppen in der Gesamtheit zurückgezogen werden, steht noch dahin. Sicher ist, daß eine tatsächliche Abrüstung der Truppen vorgenommen werden wird.

Pariser Beschlüsse zu dem Oberartikel Stresemanns.

Paris. In dem Geiste des Reichsaussenministers des Auswärtigen Dr. Stresemann in der Rheinischen Zeitung schreibt Gausold: Der Artikel Dr. Stresemanns gibt eine Warnung. Er macht die französische Regierung auf die Gefahr aufmerksam, die man laufen würde, wenn man auf dem Glauben an die Papiere von Locarno einschließen würde. Er zeigt der französischen Regierung, wie dringend notwendig eine Reorganisation des französischen Verteidigungssystems im Norden und Osten ist, wozu man, wenn man vorausschauend und vorsichtig ist, in Frankreich unerwartete Budgeteinnahmehöhen verwenden muß. — Die radikale Delegation schreibt dagegen, Stresemann habe durchsicht nicht unrecht, wenn er erkläre, daß die Rheinlandbesetzung bei der gegenwärtigen Lage Europas eine Anomalie bedeute und daß die Mitarbeit Deutschlands an dem Friedenswerk sich mit der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung nicht in Einklang bringen lassen würde. Alle vernünftigen Franzosen teilten diese Ansicht. Man gebe in Paris immer von der Auffassung aus, daß die Rheinlandbesetzung eine Operation sei, aus der Deutschland allein Nutzen ziehen würde. Nichts ist jedoch weniger richtig. Frankreich hat ein Interesse daran, Robbery und Mainz so schnell wie möglich zu verlassen, um ein gewisses Recht und greifbare Gegenleistungen zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit gibt es weder Vitzthums noch Verteidiger, sondern nur zwei Parteien, die einen Austausch vornehmen. Die deutsche Regierung würde sich zuerst sagen können, was sie anbiete, um den Abmarsch der französischen Truppen zu beschleunigen, aber unsere Regierung würde ebenfalls zuerst sagen können, was sie verlange. Eine derartige Initiative würde den Vorteil haben, Frankreich die Möglichkeit einer Weile zu geben, die für eine tiefschneidende europäische Enttarnung günstig ist.

Der Bruch zwischen Gantau und Tchangtsaischel. Eine Regierung der Gemäßigten in Nanking.

Paris, 19. April. (Telefon.) Nach einer Meldung aus englischer Quelle soll der vollkommene Bruch zwischen den radikalen Elementen der Kantonregierung mit Gantau und der von Tchangtsaischel eingeleiteten neuen Regierung in Nanking durch die Initiative der Radikalen in Gantau herbeigeführt worden sein. Gantau habe in drei amtlichen Erlassen Tchangtsaischel seines Postens entlassen, zu seinem Nachfolger dem Vernehmen nach den bekannten Christengeneral Fungtsungtschel bestellt und alle Verbindungen zwischen Gantau und Nanking als gelöst erklärt. Tchangtsaischel soll aufgefordert worden sein, sich einem Tribunal der Extremisten in Gantau zu stellen.

Tchangtsaischel notifiziert die Regierungsbildung.

Berlin, 20. April. Nach einer Morgenblättermeldung aus Schanghai hat Tchangtsaischel den radikalen Vertretern der Mächte gestern nachmittags notifiziert, daß er sich von der politischen Kantonregierung in Gantau losgesagt und eine eigene gemäßigtere chinesische Nationalregierung in Nanking eingeleitet habe.

Die neue nationalistische Regierung in Nanking.

Nanking, 19. April. (Reuter.) Zur Feier der Proklamierung Nankings als Sitz der neuen nationalistischen Regierung wurde heute eine Massenversammlung abgehalten. Es wurden Entschlüsse angenommen, in denen die Unterstützung der Kommunisten aus der nationalistischen Partei und die Beseitigung der sogenannten einseitigen Verträge mit fremden Mächten gefordert werden. Anschließend veröffentlichte General Tchangtsaischel eine Proklamation, in der es heißt, die Kommunisten würden fall behandelt werden, bis auf einer Plenarsitzung des Volkskongresses der nationalistischen Partei über das Problem des Kommunismus ein allgemeiner Beschluß gefaßt worden sei.

Die neue Fünf-Mächte-Note an Kanton.

London, Reuter teilt mit, daß in der Frage der angeforderten neuen Note an die nationalistische Regierung mit einer beträchtlichen Verzögerung zu rechnen ist, da die Befugnisse der Mächte zunächst den Wortlaut gemeinsam entwerfen und sich dann mit ihren Regierungen ins Einvernehmen setzen müssen.

Wichtige Besprechung Stresemann-Rahn.

Berlin. Der amerikanische Finanzmann Rahn wollte vor kurzem in Berlin und hatte die Besprechungen nicht nur mit den Reparationsagenten Barker Gilbert, sondern auch mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Diese Tatsache hat vielfach zu Kombinationen dahingehend Anlaß gegeben, daß Rahn Herr Dr. Stresemann gewisse Vorschläge über die Neuorganisation der Dawespolitik gemacht habe. An zuständiger Stelle wird demgegenüber nachdrücklich auf die Unrichtigkeit dieser Behauptungen hingewiesen, aber nicht in Abrede gestellt, daß der amerikanische Finanzmann dem Reparationsagenten den Vorschlag gemacht hat, die deutsche Reichspost in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, eine Neuregelung von Tabak, Zucker, Alkohol und Bier, wobei für Tabak und Zucker die Einrichtung eines Monopols in Frage kommen soll, vorzunehmen und endlich eine Verstärkung der deutschen Industriobligationen um 1250 Millionen Mark herbeizuführen. Nach unseren Informationen hat Rahn tatsächlich mit dem Reparationsagenten beträchtliche Projekte besprochen, was in Finanzkreisen bestätigt wird.

Keine Pläne zur Umwandlung der Reichspost.

Berlin. Im Anschluß an den Empfang des amerikanischen Bankiers Rahn durch den Reichsaussenminister Dr. Stresemann können wir nach Erkundigung an zuständiger Stelle mitteilen, daß in keiner Form irgend welche Pläne an die Reichsregierung oder auch nur Mitglieder der Reichsregierung gelangt sind, die sich auf eine Umwandlung der Reichspost in eine Aktiengesellschaft und die anderen im Zusammenhang damit erwähnten finanziellen Maßnahmen beziehen. Der Reichsaussenminister selbst hat auch schon ausdrücklich festgestellt, daß solche Pläne der Reichsregierung nicht angetragen worden sind.

Besuch britischer Industrieller in Deutschland.

Berlin. In dem für Anfang geplanten Besuch britischer Industrieller in Deutschland wird mitgeteilt, daß die britischen Vertreter am 3. Juni von London nach Köln und von dort nach Frankfurt (Main) reisen. In den folgenden drei Tagen soll in Berlin eine neue Tagung mit einer Anzahl wirtschaftlicher Persönlichkeiten abgehalten werden. Am 10. Juni wird die Gesellschaft von Berlin nach Köln und am folgenden Morgen nach Düsseldorf reisen. Die britische Gruppe wird aus ungefähr sechzehn Persönlichkeiten unter Führung von Sir Robert Deane bestehen.

Ein neuer Aufruf chinesischer Gewerkschaftsverbände.

Berlin, 19. April. Die Chinesische Nachrichtenagentur verbreitet folgenden Aufruf des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes, der Allchinesischen Maschinenengewerkschaft, der Arbeitergewerkschaft der Provinz Kanton, des Bauernverbandes der Provinz Kanton, des Arbeiterdelegiertenkongresses und des Kanton-Dongkong-Striktkomitees: An alle Arbeiter, Bauern und Unterdrückten der ganzen Welt!

Die chinesische Revolution ist nicht nur ein Kampf für Chinas eigene Freiheit, sondern auch ein Teil der Weltrevolution. Aber wir haben nicht gedacht, nachdem in so kurzer Zeit die Nordexpedition zur Befreiung der Paläste des Imperialismus erfolgreich durchgeführt wurde und Wupesu und Santschuanan vollständig niedergeschlagen wurden, daß gerade in diesem Augenblick, da Tchangtsaischel zurückgetreten ist und der Kampf gegen die Nationalisten aufgenommen werden sollte, einige Intriganten unter äußerlicher Verwendung des Namens der Revolution reaktionäre Elemente und Arbeiterverräter benutzten, um die revolutionäre Basis zu zerbrechen und die revolutionäre Front zu zerschneiden. Wir bedauern es auf das Lebhafteste, daß es zu einer solchen Aktion im Gebiete der Nationalregierung gekommen ist. Am 15. dieses Monats ist aber bereits Kanton und kurz darauf auch Schanghai von der einzigen, fest für die Arbeiter und Bauern stehenden Partei der Kuomintang und durch die von ihr gebildete Regierung von allen solchen reaktionären Elementen gesäubert worden.

Revolutionäre der ganzen Welt! Das Ziel unserer Freundschaft besteht darin, uns aneinanderzubringen. Wir hoffen, daß Ihr nicht den Gerüchten glaubt, die von Reaktionären und Imperialisten verbreitet werden, daß Ihr es vermeiden werdet, den Reaktionären und Imperialisten bei der Zerstörung der revolutionären Einheitsfront zu helfen.

Abtransport der Amerikaner aus Gantau.

London. Nach Meldungen aus Schanghai soll der amerikanische Generalkonsul in Gantau einen britischen Dampfer zum Zweck des Abtransportes der dort verbliebenen Amerikaner gechartert haben. Die Japaner sollen in ihrer Konzeption in Gantau Feldgeschütze gelandet haben. Diese Tatsache soll die unter den wohlhabenden Chinesen entstandenen ernsthaften Besorgnisse noch vermehrt haben, so daß viele chinesische Familien Gantau verlassen. In Schanghai ist die Lage sehr ruhig. Die Freiwilligenformationen sind demobilisiert worden.

Die angeblichen Besprechungen über den Dawesplan.

Berlin. Die „Deutsche Zeitung“ und die „Kreuzzeitung“ haben in den letzten Tagen Meldungen gebracht, nach denen der Reichsaussenminister den Auswärtigen von Verhandlungen zwischen dem Generalagenten für Reparationszahlungen, der Reparationskommission und der amerikanischen Bankfirma Morgan über eine Änderung des Dawesplans Kenntnis hat, die auf eine Verringerung der Reichspost, auf eine Erhöhung der Industriesteuern und eine Umgestaltung der Verbrauchsteuern hinauslaufen. Angeblich soll der Reichsaussenminister des Auswärtigen über solche Pläne auch mit dem amerikanischen Bankier Herrn Rahn gesprochen haben.

W. E. D. meldet hierzu: Wir sind ermüdet, demgegenüber auf das Bestimmteste zu erklären, daß weder der Reichsaussenminister des Auswärtigen, noch der Reichsaussenminister der Finanzen, noch eine andere amtliche Persönlichkeit von diesen angeblichen Verhandlungen des Generalagenten mit der Reparationskommission und der Firma Morgan Kenntnis haben, noch auch mit Herrn Rahn darüber gesprochen haben.

Klage gegen die Reichsbanknoten-Aufwerter.

Berlin. Auf die Anzeige des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hat, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, der Oberstaatsanwalt beim Landgericht II Berlin gegen den Betriebsanwalt Winter vom Reichsbankgläubiger-Schutzverband, den Führer im Kampf um die Aufwertung der Reichsbanknoten, sowie gegen den Geschäftsführer der Zeitschrift „Wahrheit und Recht“ Albert Rood Klage wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumdung erhoben. Als Zeugen sind u. a. geladen worden Dr. Schacht selbst sowie andere leitende Beamte der Reichsbank. Die Hauptverhandlung findet vor dem erweiterten Schöffengericht Neufölln statt.

Die „Newport“ und die Newporter.

New York. Nach den offiziellen Empfangsfeierlichkeiten und nach verschiedenen Festen, die an Bord der „Newport“ zu Ehren des Bürgermeisters Walker, der Behörden, Presse und der Freunde der Hamburg-Amerika-Linie veranstaltet wurden, wurde das Schiff dem Publikum zur Befichtigung freigegeben. Tausende von New Yorkern besichtigten die „Newport“, die sie in begeisterten Worten lobten, wobei sie besonders dem Sportdeck ein reges Interesse entgegenbrachten.